

Grundgesetz erfährt weiterhin viel Akzeptanz

Anlässlich des Jubiläums sprach Prof. Philipp Gassert bei der GLH

Hirschberg. (nip) „Verfassungspatriotismus“ ist ein Begriff, den der Politikwissenschaftler Dolf Sternberger (1907 bis 1989) prägte – in großer Klarheit und sachlicher Einordnung der deutschen Verfassung, die 1949 von 61 Vätern und vier Müttern zunächst als Provisorium errungen worden war. Begeisterung herrschte damals nicht – zu groß war der Schmerz über den als „Katastrophe“ verschlüsselten Flächenbrand, mit dem die Nationalsozialisten die Welt überzogen. Und auch über die Folgen trauerte man: Deutschland war – und blieb es 40 Jahre lang – zweigeteilt. 1979 erfuhr Sternbergers Begrifflichkeit des Verfassungspatriotismus zunehmend Akzeptanz und er notierte: Aus der „Verschattung“ sei das Grundgesetz hervorgetreten: „Wir leben in einer ganzen Verfassung, in einem ganzen Verfassungsstaat, und das selbst ist eine Art von Vaterland.“

Auf Einladung der Grünen Liste Hirschberg (GLH) sprach am Donnerstagabend Professor Philipp Gassert anlässlich des 75. Geburtstags der deutschen Verfassung über ihre Entstehung, ihre Bedeutung, über Veränderungen und die Herausforderungen, denen sich die demokratische Gesellschaftsordnung wieder gegenüber sieht.

Gassert lehrt Zeitgeschichte am Historischen Institut der Universität Mannheim und ist Mitglied des Vorstands der Kommission für Geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg. Seinem 40-minütigen komprimierten, kundigen und kurzweiligen Vortrag schlossen sich eine Fragerunde und ein kleiner Sekt-empfang an. Eingangs hieß Gemeinderätin Manju Ludwig in der Alten Synagoge die Besucher willkommen und freute sich über den guten Zuspruch. Im Vorfeld der Kommunal-, Kreistags- und Europawahlen am 9. Juni war der Termin der Hirschberger Grünen ein offenes Angebot, das nicht wenige interessierte Bürger nutzten. Ludwig ging selbst um-



Professor Philipp Gassert sieht nicht das Grundgesetz in Gefahr, sondern vielmehr „die liberale Demokratie insgesamt“. Foto: nip

fassend auf die Geschichte des Grundgesetzes ein als „wichtige Errungenschaft“ und „stabilisierendes Element“ in schwieriger Zeit nach der Naziherrschaft und kurz vor dem Kalten Krieg. „Das Grundgesetz trug dazu bei, dass die Bundesrepublik Bestand hatte“, betonte Ludwig. Und zugleich diene sie auch als Vorbild für andere Verfassungen.

Von der einstigen Übersichtlichkeit ist indes nicht mehr so viel übrig. Seit seiner Entstehung sei es 200 Mal geändert worden und ist heute doppelt so umfangreich. „Das Grundgesetz sollten wir nicht überfordern und nicht überfrachten – viele Veränderungen erweisen sich als Ballast“, sagte Gassert und nannte als „schönste Blüte“ die Verankerung des „Sondervermögens Bundeswehr“.

Doch das Grundgesetz erfährt Akzeptanz: Eine Umfrage ergab, dass rund 81 Prozent der Befragten der Ansicht sind, es habe sich bewährt. Doch mit der Parlamentarischen Demokratie sind deutlich weniger einverstanden. „Nicht das Grundgesetz ist in Gefahr, sondern die liberale Demokratie insgesamt“, sagte Gassert. Streit und Widerspruch seien indes urdemokratisch. „Aber regelbasiert.“ Extremisten würden diese Regeln unterlaufen. „Das dürfen wir nicht tolerieren.“ Politische Bildung sei gefragt und Bescheidenheit, die man als Wert herausstellen sollte. Und wie sich bei Wahlen verhalten? „Wir sollten diejenigen belohnen, die sich als kompromiss- und handlungsfähig zeigen“, denn Demokratie brauche viele kompromissbereite und -fähige Menschen.